



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2014 – 2019

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

2014/2228(INI)

25.3.2015

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie

für den Ausschuss für internationalen Handel

zu den Empfehlungen an die Kommission für die Verhandlungen über die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) (2014/2228(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Jerzy Buzek

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie ersucht den federführenden Ausschuss für internationalen Handel, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. hebt hervor, dass die Schaffung eines transatlantischen Markts für die Bürger und die Volkswirtschaften der EU und der USA sehr wichtig ist; betont, dass die Verhandlungen in erster Linie zu einem tiefgreifenden, umfassenden, ehrgeizigen und hochwertigen Freihandels- und Investitionsabkommen führen sollten, das die europäischen Werte achtet und fördert, zu einem nachhaltigen Wachstum, Zusammenarbeit in der Wissenschaft, Innovation und Schaffung von hochwertigen Arbeitsplätzen anregt sowie zum Wohlbefinden von Unionsbürgern beiträgt, indem es ihre Interessen in den Mittelpunkt des TTIP-Abkommens rückt; nimmt zur Kenntnis, dass die TTIP den Abbau von Zöllen, Abgaben und Quoten, aber auch eine regulatorische Zusammenarbeit und die Schaffung von hohen gemeinsamen Standards auf dem Weltmarkt zum Ziel hat; weist darauf hin, dass die Anstrengungen zum Abbau von Zöllen und zur Harmonisierung von Rechtsvorschriften ausgewogen sein müssen; fordert die Kommission auf, den Prozess der Einbindung der Bürger und aller maßgeblichen Interessenträger zu stärken, und dabei das Ziel zu verfolgen, ihren Ansichten wenn möglich Rechnung zu tragen, die Verhandlungen so transparent wie möglich zu führen und sämtliche in Betracht kommenden Verhandlungstexte und Dokumente zu veröffentlichen, einschließlich der Dokumente zu möglichen Kapiteln zu den Bereichen Energie und KMU, und den Unionsbürgern dabei die größtmögliche Transparenz zu bieten;
2. fordert die Kommission auf, an dem Ziel festzuhalten, die TTIP um ein spezifisches Kapitel zu Energie, einschließlich Industrierohstoffen, zu ergänzen mit dem Ziel, einen wettbewerbsorientierten und transparenten Markt zu schaffen, der frei von Diskriminierung ist, und der die Energiesicherheit der EU erheblich stärken, die Diversifizierung der Energiequellen verbessern und zu niedrigeren Energiepreisen führen könnte; betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung der erneuerbaren Energieträger und der Energieeffizienz für eine größere Energiesicherheit; betont, dass dieses spezifische Kapitel klare Zusagen dazu umfassen muss, dass die Umweltschutzstandards der EU und ihre Ziele für den Klimawandel nicht untergraben werden und dass die EU die Freiheit beibehalten muss, bei der Festlegung von zukünftigen Standards und Zielen unabhängig handeln zu können;
3. weist darauf hin, dass das Europäische Parlament dem ausgehandelten TTIP-Abkommen zustimmen muss, da es ansonsten nicht in Kraft treten kann;
4. hebt hervor, dass die EU diversifizierte und zuverlässige Energieversorgungsquellen schaffen muss; fordert in diesem Zusammenhang, dass die Kommission dafür sorgt, dass Kraftstoffe, einschließlich flüssiges Erdgas und Rohöl, in eine Politik des Freihandels einbezogen werden, und dass Investitionen in diesen Bereichen gefördert werden; fordert, dass sie zugleich sicherstellt, dass die EU das Recht beibehält, Kraftstoffe nach den während ihres Lebenszyklus von ihnen verursachten CO₂-Emissionen zu kategorisieren und dass die EU ihre eigenen Klimaziele im Blick behält;

5. fordert die Kommission auf, über Ausfuhrbeschränkungen hinaus zu blicken und gegebenenfalls auf die transatlantische Harmonisierung und Annäherung von hohen Standards und Regulierungen hinzuwirken, in denen die Grundsätze für die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln für unterschiedliche Energieträger festgelegt werden, um das Risiko der Wettbewerbsverzerrung – wie z. B. bei der Definition der Kraft-Wärme-Kopplung unter Einsatz von Biomasse – einzudämmen; fordert die Kommission auf, Möglichkeiten zu sondieren, wie die Zusammenarbeit bei Forschung, Entwicklung und Innovation im Bereich Energie und bei der Förderung von umweltschonenden Technologien gestärkt werden kann;
6. weist darauf hin, dass zwischen den USA und der EU ausgeprägte Unterschiede bestehen, und zwar nicht nur bei den Energiepreisen und dem Zugang zu Rohstoffen, aber auch bei den CO₂-Emissionen pro Kopf, was zu ungleichen Bedingungen bei der Wettbewerbsfähigkeit und beim Umweltschutz führt; fordert die Kommission daher auf, eine bilaterale Schutzklausel einzuschließen, um angemessene Maßnahmen für energieintensive Branchen und Branchen, die zu einer Verlagerung von CO₂-Emissionen führen, in der EU zu ergreifen, einschließlich der chemischen Industrie, der Stahlindustrie und der Rohstoffe, damit die gegenwärtigen Zollsätze mit einer verbindlichen Überprüfungsklausel für einen angemessenen Zeitraum nach Inkrafttreten der TTIP beibehalten werden können; ist der Auffassung, dass Unternehmen sowohl aus den USA als auch aus der EU dazu angehalten werden sollten, ihre Ressourcen- und Energieeffizienz zu verbessern; fordert die Kommission auf, die Notwendigkeit der Förderung des verarbeitenden Gewerbes als treibende Kraft für die Reindustrialisierung Europas gebührend zu berücksichtigen;
7. fordert die Kommission auf, sogenannte „ökologische Dienstleistungen“, wie Bauarbeiten, Anlagenbau, Reparaturarbeiten und Verwaltung von Umweltgütern in die laufenden Verhandlungen mit den transatlantischen Partnern einzubeziehen; weist darauf hin, dass die EU bei der Ein- und Ausfuhr von umweltverträglichen Waren und Dienstleistungen zwar weltweit führend ist, jedoch noch viele Hürden für die Anbieter von ökologischen Dienstleistungen in der EU bestehen; weist darauf hin, dass der Sektor ein beträchtliches wirtschaftliches Potenzial für die Europäische Union bietet;
8. stellt die Prozesse und die Standards heraus, die nach Maßgabe der EU-Richtlinien zur Energiekennzeichnung und zum Ökodesign festgelegt wurden und bei denen keine Kompromisse eingegangen werden sollten;
9. betont die beträchtlichen potenziellen Vorteile der TTIP für KMU; fordert die Kommission auf, sicherzustellen, dass die Prioritäten und Bedenken von KMU bei den Verhandlungen über die TTIP nach dem Grundsatz „zuerst an die kleinen Betriebe denken“ („Think Small First“) umfassend berücksichtigt werden, indem z. B. umfassende Folgenabschätzungen und zielgerichtete öffentliche Anhörungen durchgeführt und die Interessenvertreter der KMU in Europa einbezogen werden; empfiehlt, dass sich die Kommission um die Einrichtung einer zentralen Informationsstelle für KMU bemüht und den KMU ein spezifisches Kapitel widmet, in dem der Abbau der Verwaltungshürden im Einklang mit den jeweiligen regulatorischen Rahmen geprüft werden sollte; fordert die Kommission auf, für den Schutz und die Stärkung von Maßnahmen und Förderregelungen zugunsten von KMU zu sorgen;

10. fordert die Kommission auf, für nutzerfreundliche Ursprungsregeln zu sorgen, die von EU-Ausführern einfach angewendet werden können und mit denen unnötige Handelshemmnisse und die auf Ursprungsregeln zurückzuführenden Verwaltungslasten so gering wie möglich gehalten werden, insbesondere für KMU;
11. weist darauf hin, dass der Markt für die Vergabe öffentlicher Aufträge in den USA im Gegensatz zu dem der EU für ausländische Unternehmen weiterhin kaum zugänglich ist; fordert, dass die Kommission die Gegenseitigkeit und eine aktivere Beteiligung von Unternehmen aus der EU, einschließlich von KMU, an Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge in den USA auf allen Regierungsebenen fördert, da hiermit zur Anregung der Innovation im privaten Sektor und zur Entstehung von neuen, wachstumsstarken und innovativen Unternehmen und Branchen beigetragen werden kann; ist der Ansicht, dass die Regierungen der EU dadurch nicht der Möglichkeit beraubt werden dürfen, ihre öffentlichen Dienstleistungen aufrecht zu erhalten;
12. weist darauf hin, dass unterschiedliche Regulierungsansätze in der EU und den USA für die Wirtschaft auf beiden Seiten des Atlantiks mit hohen Kosten verbunden sind; ist der Auffassung, dass durch eine Angleichung dieser Ansätze bedeutende Effizienzsteigerungen zu erreichen sind, wobei es den Behörden in der EU und den USA jedoch weiterhin ermöglicht werden muss, hohe Qualitätsstandards und Sicherheit für ihre Bürger aufrechtzuerhalten und zu erreichen;
13. erwartet von der Kommission, dass sie in den Verhandlungen das Thema der amerikanischen Rechtsvorschriften unter den Stichworten „Buy American“, „Jones Act“ und „domestic content“ anspricht, die in der Praxis Unternehmen aus der EU beim Zugang zum Markt der USA beträchtlich benachteiligen, insbesondere in den Bereichen Baggerarbeiten und Ingenieurwesen;
14. begrüßt zwar die potenziellen Vorteile, die ein Marktzugang und eine Angleichung der Vorschriften und deren gegenseitige Anerkennung, einschließlich der Festlegung gemeinsamer allgemeiner Grundsätze bei den Standards und technischen Spezifikationen auf dem Gebiet der IKT, mit sich bringen, weist die Kommission jedoch auch darauf hin, dass es wichtig ist, bei der Sicherheit, dem Schutz personenbezogener Daten, der Offenheit, Neutralität und der Unabhängigkeit des Internets die derzeitigen hohen Standards zu wahren;
15. fordert einen offenen Wettbewerb und die Weiterentwicklung der digitalen Wirtschaft, die ihrer Natur nach global ausgerichtet ist, deren Zentren jedoch in der EU und den USA liegen; betont, dass die digitale Wirtschaft beim transatlantischen Markt im Mittelpunkt stehen und eine Hebelwirkung gegenüber der Weltwirtschaft und bei der weiteren Öffnung der Weltmärkte bewirken muss;
16. weist die Kommission im Zusammenhang mit Dienstleistungen der Informationsgesellschaft und im Bereich der Telekommunikation darauf hin, dass es sehr wichtig ist, dass durch die TTIP faire Wettbewerbsbedingungen mit einem gleichberechtigten und transparenten Zugang von Dienstleistungsunternehmen der EU zum amerikanischen Markt auf dem Grundsatz der Gegenseitigkeit geschaffen werden und dass Dienstleistungsunternehmen aus den USA bei der Erbringung von Dienstleistungen in Europa oder für europäische Kunden die jeweiligen Standards für die

Industrie- und Produktsicherheit und die Verbraucherrechte achten und erfüllen müssen;

17. fordert die Kommission auf, eine ungebremste Verlagerung von Industriezweigen aus der EU in Drittstaaten und einen unausgewogenen Verlust von Arbeitsplätzen in den Mitgliedstaaten zu verhindern, und zu diesem Ziel die Wettbewerbsfähigkeit der verarbeitenden Industrien im Vergleich zu den entsprechenden Branchen der amerikanischen Industrie zu untersuchen;
18. fordert, dass das Kapitel über Rechte des geistigen Eigentums auch einen stärkeren Schutz und die Anerkennung europäischer geografischer Angaben herbeiführt;
19. fordert die Kommission auf, im TTIP-Abkommen die Gültigkeit sämtlicher Herkunftsangaben zu gewährleisten, einschließlich für Produkte außerhalb der Landwirtschaft; weist die Kommission darauf hin, dass Herkunftsangaben einen wirtschaftlich bedeutenden und höheren Wert schaffen;

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	24.3.2015
Ergebnis der Schlussabstimmung	+ : 49 - : 14 0 : 0
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Bendt Bendtsen, Reinhard Bütikofer, Jerzy Buzek, Pilar del Castillo Vera, Christian Ehler, Fredrick Federley, Ashley Fox, Adam Gierek, Juan Carlos Girauta Vidal, Theresa Griffin, Marek Józef Gróbarczyk, András Gyürk, Roger Helmer, Eva Kaili, Barbara Kappel, Krišjānis Kariņš, Seán Kelly, Jeppe Kofod, Miapetra Kumpula-Natri, Janusz Lewandowski, Ernest Maragall, Edouard Martin, Nadine Morano, Dan Nica, Angelika Niebler, Miroslav Poche, Miloslav Ransdorf, Michel Reimon, Herbert Reul, Paul Rübig, Algirdas Saudargas, Jean-Luc Schaffhauser, Neoklis Sylikiotis, Dario Tamburrano, Patrizia Toia, Evžen Tošenovský, Claude Turmes, Miguel Urbán Crespo, Vladimir Urutchev, Adina-Ioana Vălean, Kathleen Van Brempt, Henna Virkkunen, Martina Werner, Hermann Winkler, Flavio Zanonato, Carlos Zorrinho
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Pervenche Berès, Simona Bonafè, Cornelia Ernst, Yannick Jadot, Werner Langen, Marian-Jean Marinescu, Morten Messerschmidt, Dominique Riquet, Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández, Anne Sander, Paul Tang, Pavel Telička, Anneleen Van Bossuyt, Cora van Nieuwenhuizen
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 200 Abs. 2)	Isabella Adinolfi, Ignazio Corrao, Antanas Guoga